



INFOBRIEF

Dr. Astrid Mannes

• Für Sie im Bundestag •

Liebe Leserinnen und Leser,

die Zustimmungswerte für die Bundesregierung könnten schlechter kaum sein und der Streit zwischen den drei koalierenden Fraktionen reißt nicht ab. Die Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg spiegeln die Unzufriedenheit der Menschen wider und geben allen demokratischen Parteien Hausaufgaben auf. Die Menschen sehnen sich danach, dass dieses Land wieder geführt wird und Probleme gelöst werden.

Die Unzufriedenheit ist im ganzen Land zu spüren: Viele Problemlagen wurden zu spät angepackt, vieles dauert zu lange und viele wichtige Entscheidungen werden nicht getroffen, weil man im Kabinett zu keiner einheitlichen Linie findet.

Da war die (Teil-)Legalisierung von Cannabis schon fast eine Ausnahme – in der Sache allerdings keine rühmliche. Mit dem Gesetz wurde – trotz der vielen vorgebrachten Bedenken der Fachleute – die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Volljährige zu Genusszwecken legalisiert.

Das, was warnend vorausgesagt wurde, ist nun eingetreten: Nicht nur die Staatsanwaltschaft München I meldet eine Zunahme des illegalen Drogenhandels mit Cannabis.

Diese Entwicklung war zu erwarten, denn wer Cannabis kaufen will, kann es derzeit nur bei Anbauvereinigungen legal bekommen. Doch die stecken noch im komplizierten Genehmigungsverfahren; erste Ernten wird es wohl erst 2025 geben. Das stärkt den Schwarzmarkt und belastet Polizei und Sicherheitsbehörden.

Angestoßen von den vielen Medienberichten zu dieser Problematik habe ich die Bundesregierung gefragt, ob ihr Anhaltspunkte dafür vorlägen, dass durch die Legalisierung von Cannabis nun die Nachfrage nach dieser Droge so stark gestiegen sei, dass diese auf dem legalen Beschaffungswege nicht gedeckt werden könne und durch organisierte Drogenkriminelle geschlossen werde.

Trotz der vielen öffentlichen Hinweise auf diese Situation antwortete die Bundesregierung, dass ihr keine Informationen hinsichtlich einer stark gestiegenen Nachfrage nach Cannabis vorlägen und eine erste Teilevaluation erst zum Oktober 2025 erfolgen solle.

Dass die Bundesregierung die vielen Medienmeldungen und auch die öffentlichen Aussagen der Staatsanwaltschaft München nicht zur Kenntnis genommen haben will, erstaunt – zumal die Bundesregierung doch die Pflicht hätte, sich die Entwicklung auf dem Drogenmarkt genau anzusehen.

Hier will die „Ampel“ wohl die handwerklichen Fehler bei der Umsetzung dieses Vorhabens nicht zugeben. Dieses Fehlervertuschen ist ihr wichtiger als der Schutz der Gesundheit der Menschen und die Bekämpfung der Kriminalität.

Mich hat das sehr erschreckt. Gut, dass wir uns in der CDU-/CSU-Bundestagsfraktion einig sind: Sobald die Union wieder in Regierungsverantwortung gekommen ist, wird sie das Gesetz zur Cannabis-Legalisierung umgehend rückgängig machen.

Ich wünsche Ihnen/Euch und Ihren/Euren Lieben schöne Herbsttage und viel Freude beim weiteren Lesen meines Informationsbriefes!

Herzlichst
Ihre/Eure

Astrid P. Mannes

Wissenschaft und Innovation



Foto: G. Otto, GSI/FAIR



Einweihung des Merck Learning Centers

In den letzten Wochen und Monaten hatte ich die Gelegenheit, einige wichtige Unternehmen und Forschungseinrichtungen in unserer Region zu besuchen und mich über aktuelle Projekte zu informieren.

Bei einem Besuch beim GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung in Darmstadt konnte ich das Experimentierfeld der Abteilung Biophysik besichtigen, in dem unter anderem die Tumorthherapie entwickelt und angewandt wurde, sowie das Experiment HADES, dessen Ziel es ist, der Quantenphysik einige ihrer Geheimnisse zu entlocken.

Bei einem Rundgang über die FAIR-Baustelle konnte ich die neuesten Entwicklungen aus nächster Nähe in Augenschein nehmen. Erst vor kurzem war der Startschuss für die Installation der FAIR-Beschleunigertechnik gefallen. Die Arbeiten schreiten kontinuierlich voran.

Spannende Technologie erlebte ich bei meinem Besuch bei BorgWarner Akasol in Darmstadt, einem Vorreiter in Sachen Elektromobilität und Speicherung erneuerbarer Energien. Vor Ort konnte ich die Produktion besichtigen und mich über die technologischen Fortschritte des europaweit führenden Herstellers von Batteriesystemen für Nutzfahrzeuge informieren.

Einkäufe aus der Luft? Bei meinem Besuch beim Transportdrohnenhersteller Wingcopter im Rahmen der Sommertour der CDU-Kreistagsfraktion Darmstadt-Dieburg habe ich erfahren, dass das möglich ist. Das Unternehmen hat sich zum Ziel gesetzt, Drohnen zu entwickeln, die insbesondere medizinische Transporte wie Medikamente, Laborproben, Blutkonserven etc. schnell in schwer zugängliche Gebiete wie ländliche Regionen mit schlechter Infrastruktur oder Gebirgsregionen bringen.

Auch die Einweihung des neuen Ausbildungszentrums der Firma Merck habe ich miterlebt. Der große Neubau mit modernen Schulungs- und Laborräumen ist eindrucksvoll und zukunftsweisend!

In den nächsten Wochen stehen Gespräche mit Seat und Skoda an und auch bei dem Startup Focused Energy, mit dem derzeit ein Besuchstermin abgestimmt wird, wird es spannend. Denn hier geht es um die Frage, ob die lasergetriebene Kernfusion eine Energy der Zukunft werden könnte. Die Landesregierung Hessen hat diesem Unternehmen daher dieser Tage erst einen Förderbescheid in Höhe von 2,5 Millionen Euro übergeben.

Werden auch Sie Organspender und registrieren sich als Stammzellenspender

743 Menschen, die auf der Warteliste für ein Spenderorgan standen, sind 2022 verstorben. Sie warteten vergeblich. Jeden Tag erkranken in Deutschland etwa 30 Menschen an Blutkrebs. Viele Betroffene sind noch sehr jung und ihre einzige Überlebenschance ist eine Stammzellspende. Doch jeder zehnte Patient findet keinen passenden Spender.

Dabei stehen rund 84 Prozent der Deutschen der Organ- und Gewebe-spende sowie auch der Stammzellspende positiv gegenüber. Dennoch haben nur rund 50 Prozent der Erwachsenen in Deutschland einen Organspendeausweis.

Um zu vermeiden, dass so viele Menschen vergeblich auf ein Spenderorgan warten und gegebenenfalls daran sterben, müssen wir gemeinsam aktiv werden. Deshalb habe ich alle Bürgermeister in meinem Wahlkreis gebeten, ihre Mitarbeiter für dieses Thema zu sensibilisieren. Die Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über das Thema soll durch fundierte Informationen in den Ausweisbehörden, Arztpraxen und auch im Rahmen von Erste-Hilfe-Kursen verbessert werden.



Mehr Informationen unter: www.organspende-info.de und www.dkms.de.

Kürzung der Regionalisierungsmittel durch den Bund

Die Regionalisierungsmittel erhalten die Länder vom Bund zur (Teil-)Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs. Die Bundesregierung will diese Mittel im nächsten Jahr um 350 Mio. Euro kürzen. Auf den Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) heruntergebrochen sind das beispielsweise rund 20 Millionen Euro.

Diese Lücke muss nun entweder vom Land geschlossen oder im Budget des RMV gestrichen werden. Zwar sollen die 350 Millionen Euro laut Bundesregierung 2026 nachgezahlt werden, aber zum einen sieht die Haushaltslage 2026 aller Voraussicht nach kaum besser aus, zum anderen brauchen die Länder und Verkehrsverbände Planungssicherheit. Unter diesen Umständen kann das Land den Verkehrsverbänden keine Planungssicherheit geben.

Auf der einen Seite wirft man Geld zum Fenster hinaus und überlegt sogar, Bürgergeld-Empfängern einmalig eine 1.000-Euro-Prämie auszuzahlen, wenn sie bereit seien, für sich ein Jahr eine Arbeitsstelle zu suchen. Und auf der anderen Seite kürzt man zur Haushaltskonsolidierung die wichtigen Regionalisierungsmittel für 2025, was zu Lasten des Regionalverkehrs geht.

Gerade vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung die Klimaschutzziele im Verkehrsbereich nicht erreichen wird, ist die Kürzung der Mittel für den Öffentlichen Personennahverkehr im nächsten Jahr unverständlich und falsch.



Der Ausbau der Infrastruktur ist enorm wichtig. Ohne eine dauerhaft ausreichende finanzielle Unterstützung des Bundes durch die Regionalisierungsmittel würden Projekte wie der Ausbau der Odenwaldbahn gefährdet oder verzögert.

Der Bund steht in der Pflicht, die Attraktivität und auch die Zuverlässigkeit des ÖPNV zu erhalten, was nur durch seine finanzielle Beteiligung gelingen kann.

Auslaufen der Batterieforschung

Bereits im vergangenen Jahr hatte die Bundesregierung eine Streichung der Forschungsmittel für die Batterieforschung vorgesehen. Nach Kritik aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und von Forschungsvertretern lenkte sie jedoch ein.

Nun begeht die Ampel-Regierung doch noch diesen fatalen Fehler für den Forschungs- und Wirtschaftsstandort Deutschland: In der Finanzplanung der Bundesregierung sind für die Förderung der Batterieforschung im Klima- und Transformationsfonds nur noch 118 Millionen Euro für das Jahr 2025 vorgesehen, für die Jahre danach sind keine Verpflichtungsermächtigungen mehr eingestellt.

Das bedeutet, dass nur noch bestehende Projekte bis zum Ende ihrer Laufzeit gefördert werden, aber keine neuen Forschungsprojekte mehr initiiert und gefördert werden. Lediglich die Förderung der Fraunhofer-Einrichtung „Forschungsfertigung Batteriezelle“ in Münster bleibt dauerhaft erhalten.

Batterien werden in der Zukunft eine immer größere Rolle spielen. Der geplante Ausstieg aus der Batterieforschung in Deutschland wird sich negativ auf den Wirtschaftsstandort Deutschland auswirken und unsere Abhängigkeit vom Ausland verstärken. Konkret bedeutet das Herunterfahren der Batterieforschung, dass Forschungseinrichtungen jetzt bereits auslaufende Verträge nicht mehr verlängern und internationale Forschungspartnerschaften zukünftig ohne Deutschland geplant werden.

Ich bin überzeugt, dass wir als Land ohne Rohstoffe verstärkt auf Forschung und technologische Entwicklungen setzen müssen und denn den Anschluss bei den wichtigen Schlüsseltechnologien nicht verlieren dürfen.



Foto: Christiane Lang



Auf geht's!

In diesem Jahr feiert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihr 75-jähriges Bestehen. Seit ihrer Gründung 1949 war die Fraktion 52 Jahre in Regierungsverantwortung und hat viele entscheidende Weichenstellungen vorgenommen.

Auch im Angesicht zukünftiger Aufgaben bleibt die CDU/CSU-Fraktion ihrer Linie treu: Mit einem festen Wertefundament, einem klaren Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und dem Willen, die Zukunft aktiv zu gestalten. Die Sicherung des Friedens, die Herausforderungen des digitalen Wandels, der ökologischen Transformation und die Sicherung des Wohlstands für kommende Generationen stehen im Mittelpunkt des politischen Handelns.

Vor dem Hintergrund dieses Jubiläums freue ich mich ganz besonders, dass sich die Union so geschlossen wie noch nie gezeigt hat und dass sie sich einstimmig für Friedrich Merz als ihren gemeinsamen Kandidaten entschieden hat.

Ich erlebe unseren Parteivorsitzenden als entscheidungsfreudig, kompetent, geradlinig, erfahren und voller Visionen für unser Land.

Herzlichen Glückwunsch zur Kanzlerkandidatur, lieber Friedrich Merz!

UNTERWEGS IM WAHLKREIS



Bei der Wanderung der CDU-Bessungen zur Ludwigshöhe



Demonstration in Darmstadt anlässlich des Unabhängigkeitstages der Ukraine



Kerbumzug in Mühlthal



Bei der Kerb in Eberstadt



Beim Ortskernfest in Roßdorf

Debatte zu Migration und Sicherheit

Die Terroranschläge in Mannheim am 31. Mai und in Solingen am 23. August 2024 haben unser Land erschüttert. Es wäre Aufgabe der Bundesregierung gewesen, diese schrecklichen Taten sorgfältig zu analysieren und daraus gezielte Schlüsse für die Verbesserung der inneren Sicherheit in unserem Land zu ziehen.

Seitdem sind die Koalitionsfraktionen bei der Stärkung der inneren Sicherheit und der dringend notwendigen Begrenzung der illegalen Migration keinen Schritt vorangekommen. Sie haben sich erneut intern zerstritten und nutzen die Gelegenheit, um eine Vielzahl von Verschärfungen des Waffenrechts auf den Weg zu bringen, die mit den terroristischen Taten wenig bis gar nichts zu tun haben.

Gleichzeitig blockiert sie mit ihrer parlamentarischen Mehrheit die Befassung mit unseren konstruktiven Ergänzungs- und Gegenvorschlägen. Statt pauschaler Maßnahmen, die vor allem legale Waffenbesitzer unnötig einschränken, sollte die Ampel ein Gesetz vorlegen, das gezielt gegen diejenigen vorgeht, die eine echte Bedrohung für unsere Gesellschaft darstellen. Auch im Bereich der Migration bleibt das Gesetzespaket unzureichend, um illegale Zuwanderung wirksam zu unterbinden. Zusätzliche datenschutzrechtliche Hürden und Misstrauen gegenüber unseren Sicherheitsbehörden machen das Paket im Kampf gegen Terrorismus und Kriminalität weitgehend wirkungslos.

In unserem Entschließungsantrag fordern wir die zügige Umsetzung eines echten und umfassenden Sicherheitspakets, das wirksame Maßnahmen wie die Speicherung von IP-Adressen und den Einsatz von Gesichtserkennung beinhaltet.



Foto: picture alliance / dpa | Moritz Frankenberg

Darüber hinaus wollen wir das Problem der massenhaften illegalen Zuwanderung und die daraus resultierenden Folgeprobleme endlich wirksam angehen und erneuern in diesem Antrag unsere Forderung nach umfassenden Zurückweisungen auch von Asylsuchenden an den Grenzen zu unseren europäischen Nachbarstaaten - die Täter von Mannheim und Solingen waren illegal nach Deutschland eingereist.

Aber die Koalitionsfraktionen blockieren mit ihrer parlamentarischen Mehrheit die Befassung mit unseren konstruktiven Ergänzungs- und Gegenvorschlägen. Es ist skandalös, dass die Ampel unsere sicherheits- und migrationspolitischen Anträge nicht zur Abstimmung zugelassen hat. Das ist ein einmaliger Vorgang, der die Grundfesten parlamentarischer Gepflogenheiten berührt.

Die deutsche Wirtschaft in der Rezession

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben in ihrer gemeinsamen Konjunkturprognose die Erwartungen an das Wirtschaftswachstum 2024 gesenkt. Sie rechnen nun mit einer erneut schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte nach der Gemeinschaftsdiagnose in diesem Jahr um 0,1 Prozent sinken. Im Frühjahr hatten die Forschungsinstitute ihre Erwartungen deutlich gesenkt und nur noch ein minimales Plus von 0,1 Prozent vorhergesagt. Die Bundesregierung hat ihre Wachstumserwartung auf minus 0,2 Prozent korrigiert. Noch vor wenigen Monaten hatte die Bundesregierung mit einem leichten Plus von 0,3 Prozent gerechnet.

Die OECD erwartet, dass Deutschland bis mindestens 2025 eine der am langsamsten wachsenden Industrienationen bleibt. Die Wirtschaftskraft in Deutschland war bereits 2023 um 0,3 Prozent zurückgegangen. Nach 2002/2003 wäre es erst das zweite Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, dass das Bruttoinlandsprodukt zwei Jahre hintereinander sinkt. Der erneute Rückgang wird sich auf die Entwicklung am Arbeitsmarkt, auf die zu erwartenden Steuereinnahmen und auf die Sozialversicherungen auswirken.

Die Bundesregierung hat den Ernst der wirtschaftlichen Lage immer noch nicht erkannt. Mit ihren planlosen Entscheidungen, dem internen Streit und dem Chaos bei Förderprogrammen verunsichert sie Unternehmen und Verbraucher. Wir fordern bereits



Foto: picture alliance / Shotshop | stadtrat

seit geraumer Zeit Maßnahmen zugunsten einer echten „Wirtschaftswende“ und haben hierzu auch umfangreiche Vorschläge unterbreitet, u.a. ein Belastungsmoratorium, die Reduzierung von Bürokratie und eine Reform der Unternehmensbesteuerung.

Wir wollen den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken, indem die Rahmenbedingungen für alle verbessert werden. Es braucht zeitnah echte Entlastungen für die Wirtschaft sowie einen Pakt für Leistung, mit dem Arbeit und Mehrarbeit für die Bürgerinnen und Bürger wieder attraktiver werden.

„Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz“ wird seinem Namen nicht gerecht

Mich besorgt die schwierige Lage vieler Krankenhäuser in meinem Wahlkreis sehr. Vielerorts befinden sich Kliniken in wirtschaftlicher Not. Die Notwendigkeit einer Krankenhausreform ist unstrittig. Überarbeitetes Personal, zu viele Krankenhausbetten, überbordende Bürokratie, teils mangelhafte Behandlungsqualität und finanzielle Nöte, die immer öfter zu Insolvenzen führen, sind zu oft Alltag in vielen Krankenhäusern.

Am 17. Oktober hat der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Ampel-Fraktionen das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) beschlossen, das die Situation der Krankenhäuser nicht verbessern wird, sondern für neue Unsicherheit sorgt.

Bei der Finanzierung macht sich die Bundesregierung einen schlanken Fuß. Die Kosten sollen zur Hälfte die Länder und die Beitragszahler leisten, dadurch werden die Kassenfinanzen weiter belastet, neue substanzielle Beitragserhöhungen sind bereits angekündigt. Auch sind bundesweite Regelungen für angebotene Leistungen und Qualitätsvorgaben zu starr, um den regionalen Besonderheiten Rechnung zu tragen. Hier wäre mehr Flexibilität für die Länder angebracht gewesen. Auch die zusätzlichen Bürokratievorgaben sind erheblich, sie werden Mehraufwand für das medizinische Personal zulasten der Zeit für die Patienten mit sich bringen.



Foto: picture alliance / dpa | Oliver Dietze

Die Reform der Ampel wurde phasenweise komplett an den 16 Bundesländern und den Kommunen vorbei konzipiert, obwohl die Länder laut Grundgesetz für die Krankenhausplanung zuständig sind. Auch die gut 1.800 Kliniken als Hauptbetroffene hat die Ampel beharrlich ignoriert. Uns als Opposition hat die Ampel in den entscheidenden Tagen der Beratungen wichtige Informationen zur Auswirkungsanalyse sogar absichtlich vorenthalten. Einem solchen Umgang im Parlament und mit den Ländern können wir als Union nicht zustimmen.

Gruppenantrag zur Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens

Eine Reihe von Abgeordneten des Deutschen Bundestages bereitet einen Gruppenantrag mit dem Ziel der Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) vor. Dazu zählt auch eine einstellige Zahl von Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Mit großer Mehrheit hat sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dazu entschieden, dem Gruppenantrag zur Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD nicht beizutreten. Die Fraktion hält den Versuch eines Verbots der AfD zum jetzigen Zeitpunkt für juristisch nicht erfolversprechend und politisch kontraproduktiv.

Die vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Voraussetzungen für ein Parteiverbot sind mit Blick auf die AfD – zumindest derzeit – aller Voraussicht nach nicht erfüllt. Zwar führt das Bundesamt für Verfassungsschutz die AfD als Verdachtsfall auf Rechtsextremismus. Eine Einstufung als „Verdachtsfall“ ist aber nicht gleichzusetzen mit den – erheblich höheren – Anforderungen, die das Bundesverfassungsgericht an das Verbot einer politischen Partei stellt.

Alles spricht dafür, dass bei der AfD die Voraussetzungen eines Parteiverbots (noch) nicht erfüllt sind und Verfassungsschutzämter nicht über hinreichendes Beweismaterial für ein Verbotverfahren verfügen.

Darüber hinaus dauert das Verfahren zum Verbot einer politischen Partei – selbst im Erfolgsfall – mehrere Jahre. Selbst für den unwahrscheinlichen Fall eines erfolgreichen Verbotsantrags könnte sich die AfD noch an der nächsten Bundestagswahl beteiligen und sich dabei als vermeintliche „Märtyrer“ inszenieren.

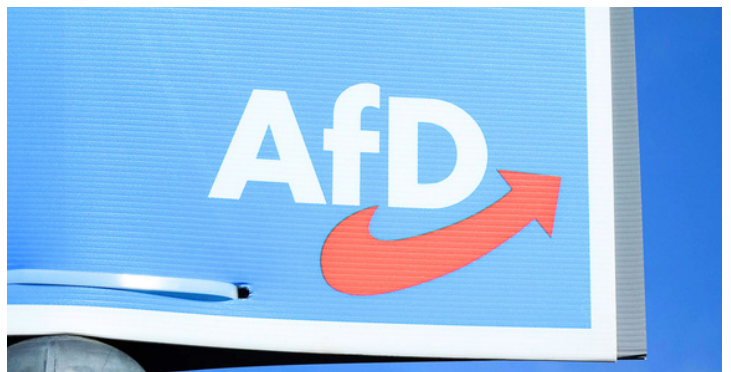


Foto: imago / Steinach / Sascha Steinach

Zudem muss man auch die möglichen Folgen eines Scheiterns des Verbotsantrags bedenken: Die AfD erhielte faktisch ein verfassungsgerichtliches „Gütesiegel“, eine verfassungsgemäße Partei zu sein.

Und schließlich wäre es naiv zu glauben, die Zustimmung zur AfD ließe sich „wegverbieten“. Die Wähler der AfD würden im Falle eines Verbotes dieser Partei nicht automatisch wieder eine Partei der Mitte wählen. Sie würden das Verbot eher als undemokratisch empfinden. Ggf. würden sich dann neue Parteien am rechten Rand gründen.

Die politische und inhaltliche Auseinandersetzung ist der geeignete Weg, um die AfD zu stellen. Die Lösung liegt in der Bewältigung politischer und gesellschaftlicher Probleme, nicht im Versuch eines Verbots.

Betrug mit gefälschten Klima-Zertifikaten

Deutsche Autofahrer zahlen neben der CO₂-Abgabe nach dem Brennstoff-Emissionshandelsgesetz (BEHG) zusätzlich den Erfüllungsaufwand für die sogenannte THG-Quote. Dabei stellte sich heraus, dass sie Milliarden für vorgetäuschte Klimaschutzprojekte in China bezahlt haben.

Seit 2016 müssen Mineralölunternehmen in Deutschland CO₂-Einsparungen bei Kraftstoffen erbringen, um die im Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) verankerten EU-Klimaschutzziele im Verkehrssektor zu erreichen. Die Einsparung von Treibhausgasen (THG) wird in Form der so genannten THG-Quote ausgewiesen. Da die geforderte THG-Reduktion technisch nicht vollständig durch eine veränderte Zusammensetzung der Kraftstoffe, wie z.B. die Beimischung von Bioethanol (E5/E10), erreicht werden kann, dürfen nach bisheriger Rechtslage in begrenztem Umfang auch Kraftstoffzertifikate (UER) auf die THG-Quote angerechnet werden. Das bedeutet, dass CO₂-Einsparungen bei Raffinerieprozessen im Ausland mittels dafür ausgegebener Zertifikate hierzulande verbucht werden. Die Kosten für diese Zertifikate, die von den Quotenverpflichteten (das sind die Mineralölkonzerne, die Otto- und Dieselmotoren an den Tankstellen verkaufen) zur Erfüllung ihrer THG-Einsparverpflichtung erworben werden, fließen wiederum in die Kraftstoffpreise ein.

Inzwischen ist bekannt, dass viele dieser Kompensationsprojekte unter Betrugsverdacht stehen. Dies betrifft mittlerweile 45 von 69 EER-Projekten in China.

Mit einer einfachen Überprüfung der Geodaten hätte das Umweltbundesamt die Unregelmäßigkeiten viel früher erkennen müssen. Dass es darauf verzichtet hat, zeigt das Kontrollversagen.

Mittlerweile ist den Unternehmen in Deutschland ein Milliarden-schaden durch fehlgeschlagene Investitionen entstanden, weil deutsche Mineralölkonzerne Scheinprojekte in China den soliden, aber teureren deutschen Projekten vorgezogen haben.



Foto: picture alliance / Chen Xiaodong / Costfoto

Entsprechend groß war die Enttäuschung über die späte Reaktion des Umweltbundesamtes (UBA). Obwohl man im Ministerium und im Umweltbundesamt längst Bescheid wusste, wurde monatelang nichts unternommen und der Betrug abgetan. Erst durch die Medienberichterstattung wurden die grüne Bundesumweltministerin Steffi Lemke und UBA-Präsident Dirk Messner aktiv.

Diese Betrugsmöglichkeiten wurden nun abgestellt. Trotz dieses ersten Schrittes der exekutiven Aufarbeitung ist das Problem noch nicht gelöst und es bedarf weiterer Anpassungen. Es gilt, weiteren Schaden von Biokraftstoffherstellern, Wasserstoffproduzenten, Betreibern von Ladeinfrastruktur und letztlich auch von den Verbrauchern abzuwenden und den durch den Skandal inzwischen aufgekommenen erheblichen Zweifeln an der grundsätzlichen Funktionsfähigkeit von Zertifikatesystemen im Umwelt- und Klimaschutz durch entschlossenes Handeln und weitere rückhaltlose Aufklärung entgegenzutreten.

Parlamentarische Beratungen des Bundeshaushalts

Die Bundesregierung hat in diesem Jahr einen Haushalt vorgelegt, der weder der depressiven Wirtschaftslage gerecht wird noch den Standards seriöser Haushaltspolitik entspricht. Die Finanzierung ist nicht gesichert und beruht weitgehend auf dem „Prinzip Hoffnung“. So sind gute Steuereinnahmen aus einem Wirtschaftswachstum eingerechnet. Die Wirtschaftsexperten gehen hingegen im nächsten Jahr nicht von einer guten Wirtschaftslage aus.

Laut dem Haushaltsexperten der CDU-Fraktion, Mathias Middelberg, könnte im Bundeshaushalt 2025 sogar ein Loch von 43 Milliarden Euro klaffen. Das sind umgerechnet fast neun Prozent des gesamten Bundeshaushalts. Allein im Klima- und Transformationsfonds besteht eine Finanzierungslücke von bis zu 12 Mrd. Das Geld muss also bis 2025 eingespart werden, wie genau das gelingen soll, ist aber offen.

An vielen Stellen gibt es halbherzige oder gar keine Lösungen - etwa bei der Zuwanderung, bei der Bundeswehr oder beim Bürgergeld. Es wird gekürzt, aber an der völlig falschen Stelle. Obwohl die Ampel die Ausgaben für das Bürgergeld schon mehrfach unterschätzt hat und nachjustieren musste, hofft sie weiter auf ein Job-



Foto: DBT/Unger

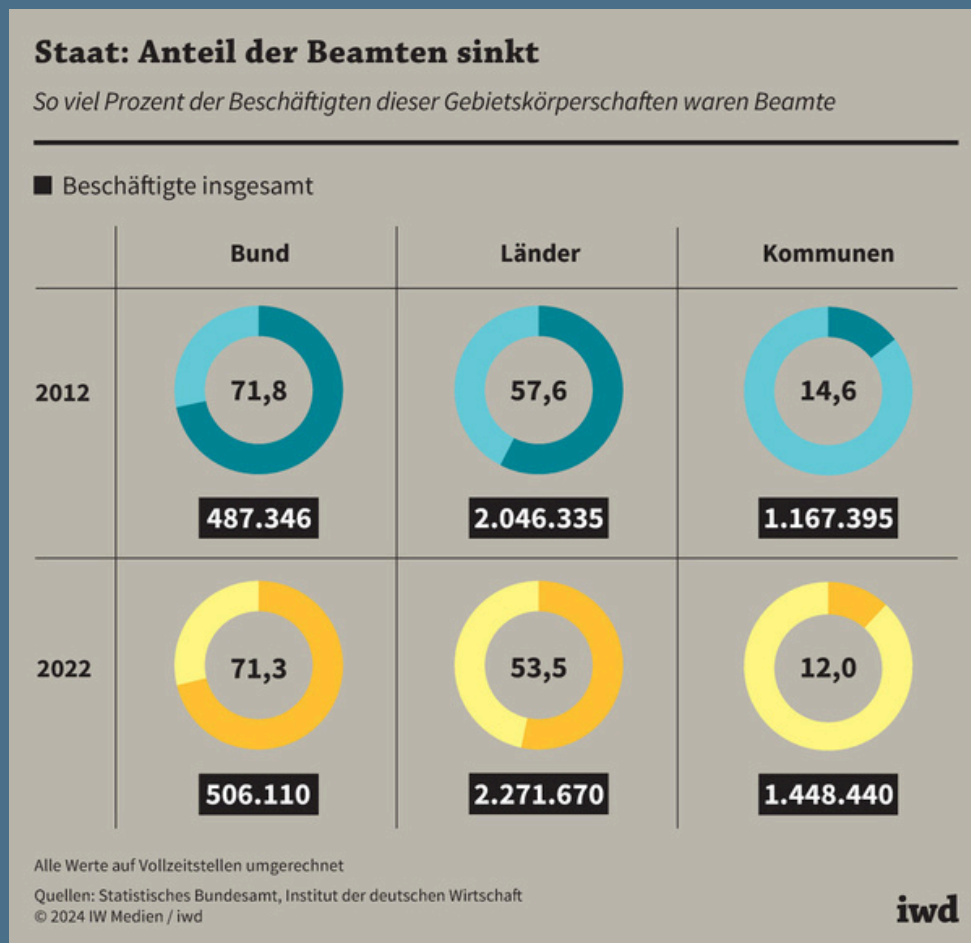
wunder jenseits jeder realistischen Grundlage und stellt 2025 weniger Geld zur Verfügung als 2023. Mehr noch: Sie spart 10 Prozent der Ausgaben bei den Eingliederungsleistungen ein, also genau an der Stelle, die dafür sorgen soll, dass Menschen in Arbeit kommen!

Die Arbeit des zuständigen Haushaltsausschusses wird in diesem Jahr besonders herausfordern sein, denn auch mit Kunstgriffen lassen sich keine Enden zusammenbringen, die nicht zusammenpassen.

Anteil der Beamten in Deutschland sinkt

„Das Beamtentum hat in Deutschland zuletzt an Bedeutung verloren, vor allem auf Landes- und kommunaler Ebene.“

- Obwohl die Aussicht auf Verbeamtung ein Anreiz ist, mit dem der Staat knappe Fachkräfte anziehen könnte, ist der Beamtenanteil bei Bund, Ländern und Kommunen seit 2012 tendenziell gesunken.
- In den Bundesländern gilt dies unter anderem für den Bildungsbereich, wobei der Trend je nach Land unterschiedlich ausfällt.
- Die Kommunen haben zuletzt vor allem Beschäftigung im Bereich Soziales und Jugend aufgebaut – dort ist jedoch kaum ein Beschäftigter verbeamtet.

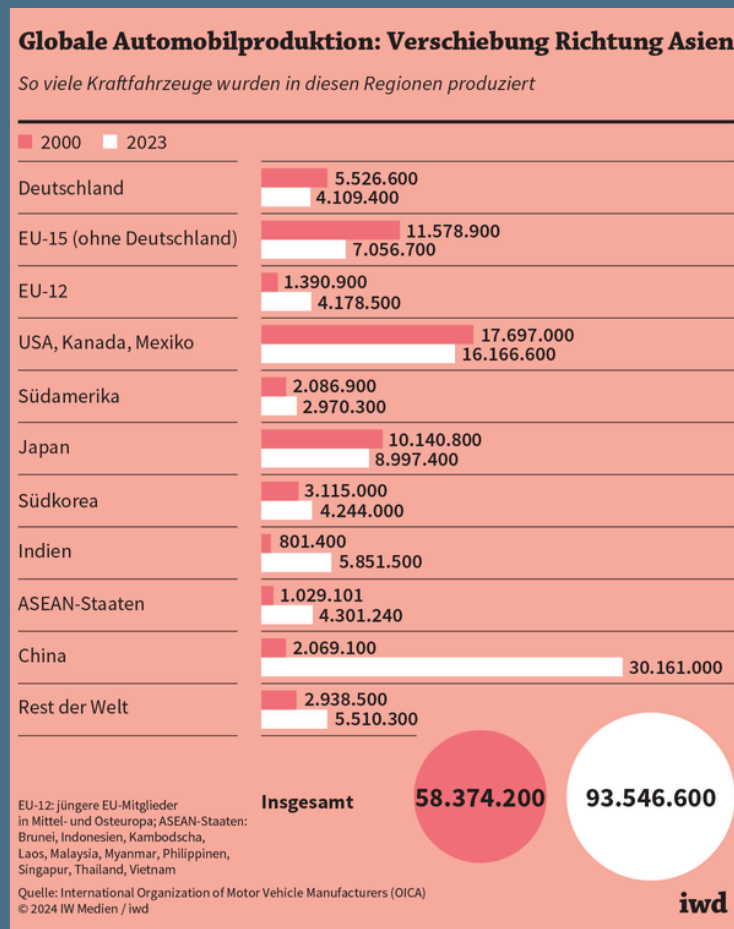


„Anteil der Beamten in Deutschland sinkt“, online unter: <https://www.iwd.de/artikel/anteil-der-beamten-in-deutschland-sinkt-630946/>, 22.10.2024.

Ausgebremst

„Die Umstellung auf alternative Antriebe sowie eine fortschreitende Deglobalisierung stellen die deutsche Autoindustrie vor große Herausforderungen. Dabei ist sie auf den Trend hin zum elektrischen Antrieb vergleichsweise gut vorbereitet.“

- In den alteingesessenen westeuropäischen EU-Ländern, Deutschland ausgenommen, sank die Kfz-Produktion in den zurückliegenden 23 Jahren um 39 Prozent.
- Die deutsche Automobilindustrie konnte sich von dieser Entwicklung zunächst abkoppeln. Sie hat von 2000 bis 2017 sogar bis zu 500.000 Kraftfahrzeuge pro Jahr mehr produziert als vor dem Millennium
- Vom Technologiewandel und den Deglobalisierungstendenzen sind deutsche Hersteller nun allerdings besonders betroffen, denn auf dem Heimatmarkt verkauften sie zuletzt nur zwischen 12 und 13 Prozent ihrer Produktion.



„Ohne China geht auf dem Kfz-Markt wenig“, online unter: <https://www.iwd.de/artikel/ohne-china-geht-auf-dem-kfz-markt-wenig-631907/>, 22.10.2024.

Dr. Astrid Mannes

 Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreisbüro

Steubenplatz 12
64293 Darmstadt

Telefon: 06151 1712 18

Fax: 06151 1712 25

E-Mail: astrid.mannes.wk@bundestag.de

Büro in Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227 71496

Fax: 030 227 70496

E-Mail: astrid.mannes@bundestag.de